

# **21. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Wohnen und Umwelt der Stadt Bad Berleburg am 06.02.2024**

-Wahlperiode 2020 / 2025-

**A n w e s e n d**

sind unter dem Vorsitz des Ausschussvorsitzenden  
Stadtverordneter Martin Schneider

a) die stimmberechtigten Mitglieder:

Stadtverordneter Heinrich Limper  
Stadtverordneter Werner Wegener  
Stadtverordneter Frank Henk  
Stadtverordneter Georg Freitag

vertritt den Sachkundigen Bürger  
Dieter Althaus

Sachkundiger Bürger Martin Henk  
Stadtverordneter Bodo Hüster

vertritt den Stadtverordneten Joshua  
Briel

Stadtverordneter Ulrich Dienst  
Stadtverordneter Bernd Weide  
Sachkundiger Bürger Eckhard Marburger  
Stadtverordnete Susanne Bald  
Sachkundiger Bürger Horst-Günter Linde  
Sachkundiger Bürger René-Helmut Lauber

b) die beratenden Mitglieder:

Sachkundiger Einwohner Helmut Janner  
Sachkundiger Einwohner Björn Rekow

Es fehlen:

Sachkundiger Bürger Dieter Althaus  
Stadtverordneter Joshua Briel  
Sachkundige Einwohnerin Dr. Annia Röhl

Von der Verwaltung sind anwesend:

Dezernent Christoph Koch  
Kämmerer Manuel Spies  
Abteilungsleiter Tobias Feige  
Abteilungsleiter Michael Birkelbach  
Abteilungsleiterin Tanja Daus  
Stadtamtsrat Peter Mengel

Abteilungsleiterin Colette Siebert  
Verwaltungsangestellte Julia van de Wetering

Gäste: Dennis Jaquet, Planersocietät  
Christoph Müller, Kommunalagentur NRW  
Klaus Langenberg, Leiter der Feuerwehr Bad Berleburg

## **A. Öffentlicher Teil**

Der Vorsitzende **Martin Schneider** begrüßt alle Anwesenden zur ersten Sitzung im Jahr 2024 und wünscht allen einen guten Jahresverlauf. Der Vorsitzende begrüßt besonders die Gäste Dennis Jaquet, Christoph Müller und Klaus Langenberg sowie die Zuhörer und Pressevertreter und Frau Tanja Daus, die neue Leiterin des Immobilienmanagements, die diesen Ausschuss von nun an begleiten wird.

### **1. Feststellung der Anwesenheit, der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende **Martin Schneider** eröffnet die Sitzung und stellt die Anwesenheit, ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### **2. Hinweis auf das Mitwirkungsverbot der § 31 Gemeindeordnung NRW**

Der Vorsitzende **Martin Schneider** weist auf das Mitwirkungsverbot nach § 31 der Gemeindeordnung NRW hin. Dies gilt sowohl für den öffentlichen als auch den nicht öffentlichen Teil.

### **3. Berichte**

Der Vorsitzende **Martin Schneider** verweist auf die Veröffentlichung der Berichte auf der Notfallhomepage der Stadt Bad Berleburg. Hier sollen die Inhalte nur kurz zusammengefasst werden.

Der Vorsitzende **Martin Schneider** übergibt das Wort an Dezernent **Christoph Koch**. Dieser berichtet kurz über den sachlichen Teilflächennutzungsplan Windenergie. Diesem wurde durch Ablauf der Genehmigungsfrist am 08.01.2024 Genehmigung erteilt. Mit der Bekanntmachung des Feststellungsbeschlusses am 13.01.2024 ist der Sachliche Teilflächennutzungsplan nun in Kraft getreten. Anträgen auf Errichtung von Windkraftanlagen außerhalb der ausgewiesenen Flächen wird die Stadt Bad Berleburg das Einvernehmen versagen.

Außerdem berichtet Dezernent **Christoph Koch** über das Bauvorhaben „Am Kapplerstein“ in Aue. Hier fand am 25. Januar 2024 eine Informationsveranstaltung für alle Anlieger statt. Die Ausbaumaßnahme wurde den rund 100 Besuchern ausführlich

erläutert, auch die beteiligten Versorgungsunternehmen standen für Fragen bereit. Insgesamt war es eine gelungene Veranstaltung. Die ersten Arbeiten sollen noch im Februar 2024 beginnen.

Vorsitzender **Martin Schneider** dankt für den Vortrag und übergibt das Wort an Abteilungsleiter **Michael Birkelbach**. Dieser berichtet für die Abteilung Infrastruktur und Erholung kurz über die Ausarbeitung des Mobilitätskonzeptes. Bis zum 23.04.2024, der nächsten Sitzung des Ausschusses Planen, Bauen, Wohnen und Umwelt, soll die endgültige Fassung des Konzeptes fertig gestellt sein, so dass die Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen beschlossen werden kann.

Des Weiteren berichtet er über den Straßenausbau in der Ortsdurchfahrt Schwarzenau. Hier ist die Stadt Bad Berleburg lediglich für die Gehwege verantwortlich, Straßenbaulastträger ist der Landesbetrieb Straßen.NRW. Da die Grundstücksverhandlungen stocken, ist derzeit keine Baufeldfreimachung möglich und die Maßnahme verschiebt sich um mindestens ein Jahr, da es sonst zu Konflikten mit anderen Ausbaumaßnahmen kommt.

Vorsitzender **Martin Schneider** dankt für die Berichte und übergibt das Wort an Stadtratsrat **Peter Mengel**.

Stadtratsrat **Peter Mengel** berichtet zum Thema Warnung der Bevölkerung, dass eine Förderzusage für die Errichtung von 35 Sirenen im Stadtgebiet vorliegt. Hier wird es in der 9. KW eine Standortbesichtigung mit dem beauftragten Unternehmen Sonnenburg AG geben. Wann der Umbau stattfinden wird, kann derzeit noch nicht bestimmt werden.

Vorsitzender **Martin Schneider** dankt für den Bericht und übergibt das Wort an Abteilungsleiterin **Colette Siebert**.

Abteilungsleiterin **Colette Siebert** teilt mit, dass für die Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung eine Förderzusage vorliegt. Für die Durchführung der Planung ist eine Frist bis zum 30.11.2024 gegeben. Zunächst soll ein fachkundiger Dienstleister für diese Aufgabe beauftragt werden.

Vorsitzender **Martin Schneider** dankt für die Vorträge.

Alle Berichte sind diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

#### **4. Anträge**

Fehlanzeige

#### **5. Offenlegung Entwurf der Lärmaktionsplanung 4. Runde**

Der Vorsitzende **Martin Schneider** ruft TOP 5 auf und übergibt das Wort an Abteilungsleiter **Michael Birkelbach**.

Abteilungsleiter **Michael Birkelbach** erläutert kurz, dass für den Lärmaktionsplan bereits eine frühzeitige Beteiligung online möglich war. Der Einarbeitung der Ergebnisse ist es geschuldet, dass die Anlage erst kurzfristig veröffentlicht werden konnte. Für die Erläuterung der Lärmaktionsplanung übergibt er das Wort an Herrn **Dennis Jaquet** von der Planersocietät.

Herr **Dennis Jaquet** bedankt sich für die Einladung und stellt die Notwendigkeit eines Lärmaktionsplanes vor. Lärm stört und kann Menschen krank machen. Besonders dauerhafter Umgebungslärm kann zu körperlichen und psychischen Belastungen führen. Daher hat die EU 2002 die EU-Umgebungslärmrichtlinie erlassen, die schädliche Auswirkungen von Lärm verhindern bzw. mindern soll. Alle EU-Staaten haben diese Richtlinie in nationales Recht umgesetzt, in Deutschland ist es das BImSchG, das Bundes-Immissionsschutzgesetz. Die Umsetzung dieses Gesetzes ist streng reglementiert und in allen Kommunen gleich. Herr Jaquet stellt den dreistufigen Ablauf der LAP vor (1. Belastung ermitteln, 2. Aktionsplan ausarbeiten und 3. Öffentlichkeit informieren). Aktuell befindet sich der Lärmaktionsplan für Bad Berleburg in der Stufe 2, der Erstellung des Aktionsplanes. Die Ergebnisse der frühzeitigen Stellungnahmen aus der öffentlichen Beteiligung, die online vom 19.01. bis zum 02.02.24 möglich waren, sind im Entwurf bereits enthalten. Der nächste Schritt ist die Offenlegung, die heute bzw. am 14.02.24 in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden soll. Für spätestens Juni ist die Fertigstellung des Lärmaktionsplanes geplant. Bis zum 18.07.24 muss die Meldung über die fertige Erstellung an die Landesregierung erfolgt sein.

Herr **Dennis Jaquet** erläutert weitere Parameter des Planes wie eingegangene Onlinemeldungen und Betroffenenzahlen und erklärt den Aufbau der Kartenwerke. Der Bericht enthält 5 verschiedene Maßnahmensteckbriefe, mit denen die Lärmbelastung in Bad Berleburg verringert werden kann. In diesen Steckbriefen werden Lärmberechnungen, Betroffenheiten, Hinweise aus der Bevölkerung und Maßnahmenempfehlungen zusammengefasst. Ein zentrales Problem speziell in der Stadt Bad Berleburg ist, dass Straßen.NRW Baulastträger der betrachteten Straße ist. Konkret ist vom Lärmaktionsplan nur die B 480 zwischen Ederstraße Abzweig Stöppelweg und Astenbergstraße Höhe Heiderbrücke zu untersuchen. Trotz des abweichenden Baulastträgers sollte der Lärmaktionsplan angegangen werden, nicht nur aus der rechtlichen Verpflichtung heraus, sondern auch im Hinblick auf Bauleitplanung und mögliche Reduzierung des KFZ-Verkehrs über andere Wege. Weiter erläutert Herr Jaquet die sog. Ruhigen Gebiete, dies sind hier Naturschutzgebiete, der Schlosspark und der Ruheforst. Hier finden betroffene Einwohner Ruhezone, um dem Lärm der Stadt zu entfliehen. Stellungnahmen aus der Bevölkerung zum Thema Ruhige Gebiete sind besonders wünschenswert. Das große Thema Windkraftanlagen ist im Lärmaktionsplan bereits mitgedacht. Abschließend erläutert Herr Jaquet, dass der Lärmaktionsplan keinen Anspruch auf Umsetzung hat. Das EU-Gesetz steht dem Bau- und Planungsrecht gegenüber, so dass bei der Umsetzung relativ viele Hürden entstehen können. Die Entscheidung über die Umsetzung verschiedener Maßnahmen liegt letztlich bei Straßen.NRW. Folgende

nächste Schritte sind nach der heutigen Abstimmung vorgesehen: die öffentliche Auslage des Entwurfes des Lärmaktionsplanes, Kommentierungen durch die Bevölkerung und weitere Beteiligte, die Aufnahme der Kommentierungen in den Bericht, der Beschluss des Berichtes spätestens im Sommer diesen Jahres und Meldung über die Fertigstellung an das Land NRW bis Mitte Juli.

Herr **Dennis Jaquet** dankt für die Aufmerksamkeit und steht für weitere Fragen gerne zu Verfügung.

Vorsitzender **Martin Schneider** dankt für die Präsentation und bittet um Wortmeldungen. Er erteilt das Wort an Stadtverordnete **Susanne Bald**.

Stadtverordnete **Susanne Bald** fragt nach, ob die Entscheidung über eine Tempo-30-Begrenzung auf der B 480 auch bei Straßen.NRW liegt.

Herr **Dennis Jaquet** bejaht dies und betont, dass der Druck auf den Straßenbaulastträger durch den Lärmaktionsplan wächst, sich mit einer möglichen Temporeduzierung zu beschäftigen. Auch im Rahmen des aktuell in Arbeit befindlichen Mobilitätskonzeptes für die Stadt Bad Berleburg ist dies Thema.

Der Vorsitzende **Martin Schneider** erteilt das Wort an den Stadtverordneten **Werner Wegener**.

Stadtverordneter **Werner Wegener** dankt Herrn Jaquet für seine Ausführungen. Er findet es gut, dass das immer mal wieder akute Thema Lärm nun in einem Gutachten zusammengefasst ist und erhofft sich Synergien mit dem gleichzeitig laufenden Mobilitätskonzept. Es ist gut, dass der Lärmaktionsplan bald vorliegt und dann bei Verhandlungen genutzt werden kann. Herr Wegener bedankt sich bei Herrn Jaquet für die Arbeit und hofft, dass die Stadt davon profitieren kann. Allerdings gibt er zu bedenken, dass keine Pflicht zur Umsetzung besteht und dass der Plan am Schreibtisch entstanden ist, ohne wirkliche Lärmmessungen vor Ort.

Vorsitzender **Martin Schneider** dankt für den Beitrag und erteilt das Wort erneut an Stadtverordnete **Susanne Bald**.

Stadtverordnete **Susanne Bald** freut sich über die Darstellung von Tempo 30 als eine effektive Maßnahme zur Lärmbekämpfung. Die Grünen möchten gerne Tempo 30 auf der B 480 im Stadtgebiet, auch um das Sicherheitsgefühl und Wohlbefinden der Verkehrsteilnehmer zu erhöhen. Sie regt dazu den Beitritt der Stadt Bad Berleburg in das „Städtebündnis für lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ an, dem bereits über 1000 Städte angehören. Sie bedauert, dass Straßen.NRW letztlich über die Maßnahmen entscheidet, hofft aber, dass das Gutachten zur Durchsetzung beitragen kann.

Vorsitzender **Martin Schneider** erteilt das Wort an den Stadtverordneten **Bernd Weide**.

Stadtverordneter **Bernd Weide** betont, dass die Stadt Bad Berleburg kaum Handhabe zur Umsetzung der Maßnahmen hat und weist darauf hin, dass es zu manchen Tageszeiten sowieso nicht möglich ist, 50 km/h durch die Stadt zu fahren. Für die SPD-Fraktion wäre Tempo 30 auf einem kurzen Stück der Poststraße vorstellbar, auch im Hinblick auf den Radverkehr.

Der Vorsitzende **Martin Schneider** erteilt das Wort an den Sachkundigen Bürger **Horst-Günter Linde**.

Der Sachkundige Bürger **Horst-Günter Linde** findet es gut, dass der Lärmaktionsplan nun vorliegt. Für ihn ist Tempo 30 in der Poststraße jedoch keine Option und er glaubt nicht, dass der Landesbetrieb sich mit diesem Thema beschäftigen wird. Man müsse sich mit dem Thema Lärm insgesamt befassen, d.h. auch in Bezug auf Windkraft und die Entwicklung der Mobilität.

Der Vorsitzende **Martin Schneider** fragt nun Herrn Jaquet, ob es aus anderen Kommunen Erfahrungen mit der Kombination Lärmaktionsplan und Windkraftanlagen gibt.

Herr **Dennis Jaquet** verneint dies und weist darauf hin, dass das an der aktuellen Berechnungsweise liegen kann. Hier wird es ggf. eine neue Grundlage geben.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Vorsitzende **Martin Schneider** bedankt sich bei Herrn Jaquet für die Präsentation und die Erläuterungen und wünscht eine gute Heimfahrt.

Um 18:40 Uhr begrüßt der Vorsitzende **Martin Schneider** Herrn Christoph Müller von der Kommunalagentur NRW, der während Herrn Jaquets Vortrag angekommen ist.

Der Beschlussvorschlag zu TOP 5 wird einstimmig angenommen. Die Abstimmung erfolgte im Nachgang.

## **6. Bauleitplanung**

Der Vorsitzende **Martin Schneider** ruft den TOP 6 auf und übergibt das Wort an Abteilungsleiter **Tobias Feige**.

Abteilungsleiter **Tobias Feige** erläutert, dass die geplante Errichtung weiterer Wohnmobilstellplätze auf dem Gebiet „Ostwärts Bahnhof“ eine Anpassung des Bebauungsplanes erfordert.

Der Vorsitzende **Martin Schneider** dankt für die Erklärung.

An dieser Stelle ergeht der Hinweis eines Stadtverordneten, dass die Abstimmung über TOP 5 versäumt wurde. Vorsitzender **Martin Schneider** kehrt daraufhin zu TOP 5 zurück und bittet um Abstimmung über die Sitzungsvorlage Nr. 630.

Der Beschlussvorschlag zu TOP 5 wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende **Martin Schneider** fährt nun mit dem unterbrochenem TOP 6 fort und bittet um Wortmeldungen. Er erteilt das Wort an die Stadtverordnete **Susanne Bald**.

Die Stadtverordnete **Susanne Bald** fragt nach, ob bei der geplanten Toilettenanlage im Bahnhofsumfeld eine öffentliche Nutzung möglich ist.

Abteilungsleiter **Tobias Feige** antwortet, dass dies möglich ist.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden **Martin Schneider** liegen keine weiteren Wortmeldungen vor und es wird über die Sitzungsvorlage Nr. 637 abgestimmt.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

## **7. Gefährdungsanalyse und Maßnahmenüberprüfung zum Brandschutzbedarfsplan 2021-2025**

Der Vorsitzende **Martin Schneider** ruft TOP 7 auf und übergibt das Wort an Stadtamtsrat **Peter Mengel**.

Stadtamtsrat **Peter Mengel** erläutert, dass der Brandschutzbedarfsplan 2021-2025 vorliegt, jedoch noch nicht vollständig ist. Beschlossen wurde er bereits 2020, jedoch wurde die Fertigstellung durch zahlreiche coronabedingte Aufgaben erschwert. Die vorliegende Gefährdungsanalyse, erstellt von der Kommunalagentur NRW, enthält rund 330 Planquadrate, die das Stadtgebiet abdecken und einzeln in Bezug auf Topographie, Infrastruktur, Bebauung und weitere Aspekte untersucht wurden. Diese Gefährdungsanalyse ist die Grundlage für die Herleitung weiterer Maßnahmen. Bisher sind keine größeren Abweichungen festgestellt worden. Anhand der Analyse kann nun geprüft werden, ob weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes im Stadtgebiet nötig sind. Nach dieser kurzen Einführung übergibt Stadtamtsrat Peter Mengel das Wort an Herrn **Christoph Müller** von der Kommunalagentur NRW.

**Christoph Müller** erläutert anhand einer Präsentation die Gefährdungsanalyse. Diese ist dem Protokoll beigelegt. Er erläutert insbesondere die Neuaufnahme der Umsetzungsverpflichtung der im Brandschutzbedarfsplan genannten Maßnahmen und die Herangehensweise an die Gefährdungsanalyse mittels Rastererstellung und Betrachtung der einzelnen Felder. Diese werden über ein Ampelsystem kategorisiert und zeigen, dass im Stadtgebiet Bad Berleburg in den Betrachtungen Brand, Technische Hilfe und ABC-Gefahren größtenteils die niedrigste Gefahrstufe gilt. Weitere Informationen zu den Themen Erreichbarkeit der Einsatzorte, Personalausstattung und -weiterbildung, Ausstattung der Feuerwehrgeräthäuser und Controlling können der beigelegten Präsentation entnommen werden.

Der Vorsitzende **Martin Schneider** dankt für den prüfenden und kritischen Blick den Brandschutz und bittet um Wortmeldungen.

Der Vorsitzende **Martin Schneider** erteilt das Wort an Stadtverordneten **Bernd Weide**.

Stadtverordneter **Bernd Weide** dankt Herrn Müller für seinen Vortrag über das komplexe Thema Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans. In der Vergangenheit habe es sich bewährt, die fachliche Arbeit der Wehrführung und der Verwaltung zu überlassen. Folgende drei Punkte zeichnen den Plan seiner Meinung nach aus: Er ist hoch komplex, für eine Flächenkommune sehr wichtig und hat kostenintensive Auswirkungen. Herr Weide schlägt vor, die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes durch eine Arbeitsgruppe begleiten zu lassen, um eine Verbindung zwischen der Feuerwehr und dem Ausschuss Planen, Bauen, Wohnen und Umwelt zu schaffen. Insgesamt wird die Vorlage zustimmend zur Kenntnis genommen.

Vorsitzender **Martin Schneider** erteilt das Wort an Stadtverordnete **Susanne Bald**.

Stadtverordnete **Susanne Bald** fragt nach, warum sich in den Gefährdungsklassen die Waldbrandgefahr nicht wiederfindet und welche Aufgaben im Katastrophenschutz übernommen werden.

Herr **Christoph Müller** erläutert, dass bei einer Gefährdung durch Brand die Bebauung vorrangig vor dem Wald zu betrachten ist. Da die globale Waldbrandgefahr steigt, ist das Thema bei den Feuerwehren immer wieder präsent. Die Grenzen zwischen Waldbrandabwehr und Katastrophenschutz sind fließend. Diese Szenarien können schnell überregional werden und große Waldkommunen brauchen da die passenden Konzepte.

Der Vorsitzende **Martin Schneider** übergibt das Wort an den Sachkundigen Bürger **Horst-Günter Linde**.

Der Sachkundige Bürger **Horst-Günter Linde** berichtet, dass der Kreis Siegen-Wittgenstein ein Gefahrenabwehrzentrum plant. Er spricht die überbordende Bürokratie an und fragt nach Herrn Müllers Einschätzung dazu.

Herr **Christoph Müller** antwortet, dass hier eine Entlastung des Ehrenamtes sehr wünschenswert ist. Man solle vor Ort nachfragen, wo Unterstützung gebraucht wird. Es gibt im Feuerwehrwesen immer mehr Dokumentationspflichten z. B. für Gerätewartung. So leistet die ehrenamtlich tätige Atemschutzwerkstatt Arbeit im Äquivalent einer 0,5 Vollzeitstelle. Hier muss die Frage gestellt werden, wo die Verwaltung unterstützen kann.

Nachdem keine weiteren Fragen vorliegen, erteilt der Vorsitzende **Martin Schneider** das Wort an den Leiter der Feuerwehr Bad Berleburg **Klaus Langenberg**.

Herr **Klaus Langenberg** dankt Herrn Müller für den Bericht zur Gefahrenbeurteilung. Er berichtet, dass die Feuerwehr die nötigen Werkzeuge zur Umsetzung der zu ergreifenden Maßnahmen habe. Nun sei es nötig zu prüfen, ob die Maßnahmen ausreichen. Dies sei in der Vergangenheit immer schon getan worden, die nun vorliegende Untersuchung bringt den Feuerwehren nun eine sicherere Planung. Auf dieser Grundlage kann nun weitergearbeitet werden.



Der Vorsitzende **Martin Schneider** bittet um weitere Wortmeldungen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, so dass der Vorsitzende **Martin Schneider** um Abstimmung bittet.

Ergebnis: einstimmig angenommen.

## **8. Deckung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Budget „551-räumliche Planung und Entwicklung“ im Haushaltsjahr 2023**

Der Vorsitzende **Martin Schneider** ruft TOP 8 auf und übergibt das Wort an den Leiter der Abteilung Wohnen, Stadt- und Dorfentwicklung **Tobias Feige**.

Abteilungsleiter **Tobias Feige** stellt die Sitzungsvorlage kurz vor und erläutert, dass zum Ende des Haushaltsjahres 2023 auf Grund des Cyber-Angriffes auf den IT-Dienstleister SIT keine Überprüfung des Budgets mehr möglich war. Nach den zwischenzeitlich erfolgten Nachbuchungen stellte sich heraus, dass Mittel in den in der Sitzungsvorlage dargestellten Teilbereichen nicht ausreichend waren und nun ausgeglichen werden müssen.

Der Vorsitzende **Martin Schneider** dankt für die Erläuterung und bittet um Wortmeldungen.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über die Beschlussvorlage abstimmen.

Ergebnis: einstimmig angenommen.

## **9 Anfragen**

Der Vorsitzende **Martin Schneider** ruft den TOP 9 und bittet um Wortmeldungen.

Der Stadtverordnete **Bernd Weide** dankt zunächst für den Bericht zur kommunalen Wärmeplanung und zeigt sich erfreut, dass die Öffentlichkeit hierzu frühzeitig informiert wird. Die Frage ist, ob nun regelmäßig über den Fortschritt der kommunalen Wärmeplanung informiert wird.

Abteilungsleiterin **Colette Siebert** verweist auf den nichtöffentlichen Teil, in dem nun ein Dienstleister für den Prozess gesucht wird. In Anschluss ist eine Öffentlichkeitsarbeit zum Thema kommunale Wärmeplanung geplant.

Der Vorsitzende **Martin Schneider** dankt für die Erläuterung und bittet um weitere Wortmeldungen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil um 19:27 Uhr. Der Vorsitzende **Martin Schneider** dankt allen Gästen und den Vertretern der Presse, die nun den Sitzungssaal verlassen.

M. Schneider

---

Martin Schneider

Ausschussvorsitzender

Julia van de Wetering

---

Julia van de Wetering

stellv. Schriftführerin